

28

81

Union in Deutschland

Bonn, den 1. Oktober 1981

Liebe Freunde,

in der vergangenen Woche ist den Landes- und Kreisverbänden der CDU der Leitantrag für den 30. Bundesparteitag in Hamburg zugegangen, der* am 21. September 1981 vom Bundesvorstand verabschiedet worden ist. Er ist Diskussionsgrundlage für die wichtige Aufgabe des Parteitages, auf die vier großen Themen Antworten zu geben, die im Mittelpunkt der Diskussion unserer jungen Mitbürger stehen, aber zugleich auch von großer Bedeutung sind für die Zukunft des ganzen Volkes.

Unser Land kann nur dann einen neuen Anfang finden, wenn wir Frieden und Freiheit sichern, die Soziale Marktwirtschaft erneuern, der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen und unserer Gesellschaft wieder eine menschliche und überschaubare Ordnung geben.

Wir werden zu diesem Parteitag 400 Jugendliche einladen, die am zweiten Tag auf vier großen Foren mit den Delegierten des Parteitages diskutieren werden. Von vielen ist dies als ein Risiko und Experiment bezeichnet worden. In der Tat hat bisher noch keine Partei einen Parteitag in dieser Form für die Diskussion und den Dialog geöffnet. Aber die CDU wird diesen Schritt wagen. Wir werden die Bürger, und hier vor allem die eingeladenen Jugendlichen, auf

(Fortsetzung Seite 2)

■ INFORMATION

Gegen Abschaffung des
Kinderbetreuungsbetrages

Seite 3

■ WAHLEN

Zum ersten Mal wurde die
50-Prozent-Hürde bei den
Kommunalwahlen in Nieder-
sachsen von der CDU über-
sprungen

Seite 5

■ AUSBILDUNG

Genügend Lehrstellen auch ohne
Berufsbildungsabgabe

Seite 8

■ ABRÜSTUNG

Wiederaufnahme der Verhand-
lungen wird von der Union voll
unterstützt

Seite 11

■ DDR

Statt Friedensdienst Einberufung
als „Bausoldaten“

Seite 12

■ DOKUMENTATION

Was wollen die USA wirklich?
Berliner Rede von Außenminister
Haig/Auszüge aus dem
ZEIT-Interview mit Sicherheits-
berater Allen

grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Mitgliederwerbung

rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

diesem Parteitag informieren, mit welchen Argumenten in der CDU politische Entscheidungen vorbereitet werden, aber wir sind auch bereit, durch diesen Dialog zu lernen und durch die Argumente anderer unsere Vorschläge zu verbessern.

Wir wollen auf diesem Parteitag beweisen, daß die CDU bei aller Festigkeit in den Grundsätzen eine Partei der geistigen Offenheit, der Toleranz ist. Wir können die Menschen nicht überzeugen, wenn wir sie zum Schweigen bringen.

Der Sinn des Leitantrages liegt nicht darin, zu den genannten vier Themen das Grundsatzprogramm der CDU neu aufzulegen. Er ist vielmehr darin zu sehen, das Grundsatzprogramm zu konkretisieren.

Von großer Bedeutung ist dabei, daß der Leitantrag deutlich macht, daß wir die Probleme und Fragestellungen auch der jungen Generation ernst nehmen. Deshalb sind sowohl in der Präambel als auch in der Einleitung zu einzelnen Themen die jeweiligen Fragen aus der besonderen Sicht junger Menschen angesprochen.

Wichtig ist, daß der Leitantrag auch die Diskussionsgrundlage für die Diskussion in den Foren darstellt und daß aus der Diskussion, die in den Foren stattfindet, die antragsberechtigten Delegierten Anträge erarbeiten können, die in die Beratung und in die Schlußabstimmung zum Leitantrag eingebracht werden können.

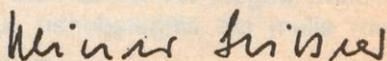
Ich darf Sie herzlich bitten, daß Sie bei der Beratung des Leitantrages das Ziel des Parteitages im Auge behalten und die Anträge darauf konzentrieren, den Leitantrag zu ändern, zu ergänzen oder zu verbessern, aber nicht das zu wiederholen, was die Partei schon im Grundsatzprogramm oder im Arbeitsprogramm beschlossen hat.

Der Leitantrag ist auch nicht in jeder Ziffer als ein Papier zu verstehen, das zu den einzelnen Punkten die abschließende Position der CDU zum Ausdruck bringen soll. Im Gegenteil, bei einigen wichtigen Fragen wird der Parteitag auch Arbeitsaufträge an den Bundesvorstand oder an die Fachausschüsse erteilen müssen, um die Themen zu konkretisieren oder um weiterführende Vorschläge zu den im Leitantrag angesprochenen Themen zu erarbeiten.

Um noch ausreichend Zeit für die Diskussion in der Gliederung der Partei zu haben, hat der Bundesvorstand daher beschlossen, die Antragsfrist zum Leitantrag bis zum 19. Oktober 1981 zu verlängern.

Helfen Sie bitte mit, daß der 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg zu einem erfolgreichen Parteitag wird.

Ihr



(Heiner Geißler)

INFORMATION

Gegen Abschaffung des Kinderbetreuungsbetrages

Die Absicht der SPD, den steuerlichen Kinderbetreuungsbetrag abzuschaffen, ist ohne jede Chance, erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele. Sie wird auf den entschiedenen Widerstand der CDU/CSU stoßen.

Im Steueränderungsgesetz 1979 ist der Kinderbetreuungsbetrag im Vermittlungsausschuß zustande gekommen. Ausgangspunkt war der Wille der CDU/CSU, die steuerlichen Kinderfreibeträge für die Familie wieder einzuführen. Die SPD wollte lediglich für die Kinder, welche nachweislich und ausnahmsweise durch Dritte, z. B. in Kindertagesstätten, betreut werden, einen progressionsmildernden Abzugsbetrag haben.

Den gefundenen Kompromiß betrachtet die CDU/CSU als einen entscheidenden Schritt zur Wiedereinführung der steuerlichen Kinderfreibeträge, ohne die eine gerechte Besteuerung der Familien mit Kindern nicht möglich ist. Der Ausbau des Kinderbetreuungsbetrages zu einem echten Kinderfreibetrag bleibt auf der Tagesordnung.

Daneben brauchen wir das Kindergeld. Die CDU/CSU will, daß Familien mit Kindern nicht ebenso stark besteuert werden wie Ehegatten ohne Kinder. Die Familie hat Vorrang. Deshalb wird die CDU/CSU die Abschaffung des Kinderbetreuungsbetrages genausowenig zulassen wie die von der Bundesregierung beantragte Kürzung des Kindergeldes.

Union begrüßt Genschers Europa-Initiative

Die CDU unterstützt jede Initiative, die den Prozeß der politischen Einigung Europas endlich wieder in Gang bringt, erklärt Helmut Kohl zur Europa-Initiative der Bundesregierung. Mit dem Vorstoß von Außenminister Genscher, die Europäische Union auf eine vertraglich gesicherte Grundlage zu stellen, würde eine Politik fortgeführt werden, die Konrad Adenauer und die CDU/CSU schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleitet haben. Die begrüßenswerte Initiative von Außenminister Genscher ist jedoch bereits im Kabinett fast bis zur Bedeutungslosigkeit eingeschränkt worden. Anstelle der vom Außenminister für unerlässlich erachteten rechtsverbindlichen Qualität und damit der völkerrechtlichen Grundlage einer Europäischen Union soll jetzt nur noch eine weit weniger verbindliche Grundsatzklärung angestrebt werden. Auch die Forderung von Außenminister Genscher, angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Lage einen Europäischen Rat für Sicherheitsfragen einzurichten, scheiterte bereits innerhalb der Bundesregierung am Widerstand der SPD.

Gespräch mit den Bischöfen

Die Bewahrung und Sicherung des Friedens stand im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz und der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, das am 28. September 1981 unter Leitung von Joseph Kardinal Höffner und Kohl im Kommissariat der Bischöfe in Bonn stattfand.

In einem intensiven Gespräch über grundsätzliche und aktuelle politische Probleme erwiesen sich die gemeinsamen christlichen Wertüberzeugungen als eine tragfähige Basis des gegenseitigen Vertrauens

und des offenen Meinungs austausches. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß sich die gegenwärtige Diskussion über den Frieden nicht nur auf die militärischen Aspekte beschränken dürfe, sondern aus der sittlichen Dimension der vielschichtigen Friedensproblematik heraus geführt werden müsse.

Die Bischöfe forderten die CDU auf, die Werte noch deutlicher herauszustellen, die die Bundesrepublik Deutschland als einen freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat verteidigungswert machen. Die Vertreter der CDU halten ein klares Wort zum Verhältnis zwischen der Entscheidungsfreiheit des einzelnen und seiner Verantwortung für die Allgemeinheit für notwendig. Gemeinsam erklärten die Gesprächspartner, daß sich der Wille zum Frieden auch in einer tatkräftigen Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt bewähren muß.

An dem Gespräch nahmen neben den Vorsitzenden auf kirchlicher Seite Kardinal Volk, Erzbischof Degenhardt, Erzbischof Kredel, Erzbischof Saier, Bischof Hemmerle und Prälat Bocklet, auf seiten der CDU Generalsekretär Heiner Geißler, Ministerpräsident Ernst Albrecht, Senator Norbert Blüm, Bundestagsvizepräsident Heinrich Windelen sowie Professor Paul Mikat teil.

Gespräche über Wege zum inneren Frieden in Berlin

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, diskutierte in einem ersten Gespräch am 26. September 1981 im Rathaus Schöneberg über „Wege zum inneren Frieden in Berlin“ mit Parteien, Gewerkschaften, Vertretern der Arbeitgeberverbände und Vertretern der Kirchen. Nach den Worten des Regierenden Bürgermeisters soll die Beseitigung von leeren Wohnungen mit allem Nachdruck

und allen Kräften forciert werden, trotz der äußerst angespannten Etatsituation. Der Senat wird den Besetzern neue Angebote machen und mit ihnen darüber sprechen. Es ist selbstverständlich, daß solche Gespräche „nicht von Zwangsmaßnahmen unterlaufen“ werden.

Alle Gesprächspartner waren sich darin einig, daß die gegenwärtigen Probleme tiefere und umfassendere Ursachen hätten als nur aktuelle Wohnungsschwierigkeiten. Die ältere Generation sollte sich nicht auf Vorwürfe an die Adresse der Jugend beschränken, sondern Gesprächsbereitschaft zeigen. Eltern und Lehrer müßten sich fragen, welche Rolle sie in der Entwicklung zum immer beschwerlicheren Umgang der Generationen untereinander gespielt hätten.

Richard von Weizsäcker: „Man darf den Frieden nicht allein fordern, sondern muß ihn auch geben.“ Der Regierende Bürgermeister erklärte, er könne den Vorwurf nicht akzeptieren, daß es jetzt zu Gesprächen bereits zu spät sei. Gesprächsrunden dürften sich allerdings nicht „am Rande der Verfassung“ etablieren. Sie können den Senat nicht von seiner Verantwortung entlasten.

Union verlangt Untersuchung im Fall Rauschenbach

Mit dem Fall des DDR-Oberleutnants Rauschenbach, der am 2. Juni in die Bundesrepublik geflüchtet und zwei Tage später in die DDR zurückgekehrt war, wird sich der erste Parlamentarische Untersuchungsausschuß dieser Bundestags-Legislaturperiode beschäftigen. Die CDU/CSU-Fraktion hat einstimmig die Einsetzung eines solchen Gremiums verlangt; nach der Geschäftsordnung genügt das Begehren einer Fraktion dafür. Hintergrund des Unionantrags ist die Vermutung erheblicher Kommunikationsmängel, wenn nicht sogar Pannen in der Zusammenarbeit der Polizei und der Geheimdienste.

■ KOMMUNALWAHLEN IN NIEDERSACHSEN

Zum ersten Mal wurde die 50-Prozent-Hürde übersprungen

Der große Erfolg der CDU bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen bestätigt eindrucksvoll die von der Union auf allen Ebenen unseres staatlichen Lebens vertretene Politik. Das Ergebnis belegt die Absage der Wähler an die SPD und ihre offensichtlich nicht mehr mehrheitsfähigen politischen Vorstellungen, erklärte Helmut Kohl in Bonn.

Die Tatsache, daß die CDU in allen Großstädten Niedersachsens zur stärksten Fraktion in den Ratsversammlungen wurde, setzt die Entwicklung der Union zur stärksten Rathauspartei der Bundesrepublik fort. Diese solide kommunale Basis ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Arbeit auch im Bund und in den Ländern.

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht blieb auch nach der Wahl dabei: „Es war keine Testwahl. Wir bleiben dabei, es findet jetzt nach dem großen Erfolg keine Umstilisierung statt.“ Daß der erstmalige Sprung über die 50-Prozent-Schallmauer ihn dennoch erfreute und gelassen den Landtagswahlen im kommenden Jahr entgegensehen läßt, daraus macht Ernst Albrecht keinen Hehl. Er meinte, wir haben sogar besser abgeschnitten „als die Umfragen waren“.

Auch Wilfried Hasselmann, der Landesvorsitzende der Niedersachsen-CDU, unterdrückte nicht den berechtigten Stolz des erfolgreichen Parteivorsitzenden, der die Union im Lauf von einem Dutzend Jahren nicht nur an die Regierung, sondern von

Sieg zu Sieg geführt hat. Hasselmann am Morgen nach der Wahl: „Ich bin noch nie so beruhigt nach Hannover zum Landesvorstand gefahren wie diesmal.“

Ganz anders klangen die gedämpften Töne der SPD. Peter von Oertzen, geistiger Vormann der niedersächsischen SPD mit sensiblem Gespür für Entwicklungen und Zustände, sagte in der Wahnacht auf eine entsprechende Frage eines Journalisten: „Mir ist zumute wie Wilfried Hasselmann am Abend der Bundestagswahl.“ Eine Bemerkung, die die Lage der SPD ziemlich genau trifft. Denn die Niederlage der Sozialdemokraten, die daraus auch gar keinen Hehl machen, war verheerend. Erstmals gewann die CDU die absolute Mehrheit bei einer Wahl, und dies noch dazu in einem Land, das lange als SPD-Hochburg galt. Nachfolgend eine erste Analyse der CDU Niedersachsen:

Partei	1981	1976
CDU	50,2%	47,3%
SPD	36,9%	44,9%
FDP	6,4%	7,0%
DKP	0,4%	0,3%
Grüne	3,56%	—
NPD	0,1%	0,1%
Wählergruppen	2,1%	0,3%

Bemerkenswert dabei ist ohne Zweifel auch der Aufschwung der verschiedenen grünen Gruppierungen, die auf Anhieb in viele kommunale Parlamente einrücken. Ihren 3,56% muß man noch einen beträchtlichen Teil der Wählergruppen zurechnen, da sie vielerorts, so z. B. auch in

Lüchow-Dannenberg, unter der Flagge von Wählergruppen auftraten.

Minimal sieht der Anstieg der DKP aus. Bei genauem Hinsehen freilich zeigt sich, daß die DKP bei konzentriertem Antreten tatsächlich Erfolge erringen kann, dies vor allem dann, wenn sie auf eine ideologisch zerstrittene und politisch konsternierte SPD trifft. Musterbeispiel ist Oldenburg. Hier verzeichnete die DKP einen Anstieg auf 7,9%, was ihr vier Sitze im Rat einbrachte. Erstaunlich ist hier, daß auch die Grünen in dieser Stadt noch 7% heimbrachten und drei Mandate erhielten. Jeder sechste Oldenburger stimmte also knallrot oder grün. Das sollte zu denken geben.

Sehr deutlich kann der Erfolg der CDU auch an der Verteilung der Sitze und Mandate dargestellt werden.

Bei den Kreiswahlen in den 38 Landkreisen und den 9 kreisfreien Städten errang die CDU 1207 Mandate, die SPD 874, die FDP 155, die DKP 8, die Grünen 82, die Freie Union 6, die NPD 2 und Wählergruppen 55 Mandate. Noch deutlicher sieht es bei den Gemeindewahlen aus, bei denen die CDU sogar auf 50,5% der Stimmen kam, die SPD hingegen nur auf 36,1%. Hier entsendet die CDU künftig 7 985 Kommunalparlamentarier, die SPD 5 263, die FDP 692, die DKP 8, die Grünen 127, die Freie Union 20, die NPD 3 und die Wählergruppen 1805. Hinzu kommen noch 76 Einzelbewerber.

Diese Entwicklung, auch die hohe Zahl der Einzelbewerber zeigt, daß die Wähler das neue Wahlrecht begriffen und souverän damit hantiert haben. Es gab nur 2,63% ungültige Stimmen, was sich nach Auskunft des Landeswahlleiters im Rahmen des Üblichen hält. Dabei war es für viele Wähler durchaus ein überraschendes Gefühl, nun plötzlich mit drei oder gar sechs, in Einzelfällen auch noch mehr Stimmen entscheiden zu dürfen. Nach der

Wahl darf man sagen, der Wähler hat die Prüfung bestanden und etliche Zweifel bei den Parteien ausgeräumt.

Interessant ist die Entwicklung der absoluten Mehrheiten im Lande. Noch 1976 hatte die CDU, die schon seit einiger Zeit eine erfolgreiche Kommunalpartei ist, in 15 Landkreisen absolute Mehrheiten. Sie hat jetzt vier hinzugewonnen. Und zwar: Wolfenbüttel, Diepholz, Soltau-Fallingb.-Stadel und Stade. 1976 hatte die SPD in acht Landkreisen absolute Mehrheiten. Sieben hat sie verloren: Osterode, Peine, Holzminden, Schaumburg, Friesland, Leer, Wesermarsch. Der Partei verblieb als schwacher Trost nur noch Aurich.

1976 hatte die SPD auch in fünf kreisfreien Städten absolute Mehrheiten. Vier gingen jetzt verloren: Braunschweig, Hannover, Salzgitter und Wilhelmshaven. Es blieb nur das schier uneinnehmbare Emden, wo die SPD immer noch 53,6% nach Hause brachte und die CDU mit 32,6% der Stimmen abschmettete.

Fazit: In den 38 Landkreisen und 9 kreisfreien Städten hat die SPD nur in einem Landkreis (Aurich) und einer kreisfreien Stadt (Emden) die absolute Mehrheit. Die CDU dagegen verfügt jetzt in 19 Landkreisen und einer kreisfreien Stadt über absolute Mehrheiten. Und diese kreisfreie Stadt ist durchaus bemerkenswert. Es ist nämlich Wolfsburg, die VW-Stadt, eine typische Arbeitnehmerstadt. Hier brachte es die Union auf 54,6%, die SPD versank bei 33,6%.

Nach ersten Analysen steht fest, daß gerade Arbeitnehmer zunehmend CDU gewählt haben, eine Erkenntnis, die auch die SPD nicht abstritt in ihren ersten Aussagen. Einige schlagende Beispiele seien genannt, die belegen, daß die CDU just dort zulegte, wo die Zahl der Arbeitnehmerwähler besonders hoch ist: neben Wolfsburg vor allem Salzgitter (CDU und SPD je 46,3%), Wilhelmshaven (CDU

40,9%, SPD 39,8%), aber auch Braunschweig (CDU 45,9%, SPD 40,6%) und selbst Hannover (CDU 42,8%, SPD 43,2%). Überall wurde die SPD arg gebeutelt. Wenn die Partei jetzt auf den Strohalm ausweicht, die Wahlbeteiligung sei sehr niedrig gewesen, ihre Mannen seien zu Hause geblieben, so stimmt auch dieses Argument nicht, denn die letzte Gesamt-Kommunalwahl fand zugleich mit einer Bundestagswahl statt, die immer einen höheren Zuspruch bei den Wählern findet.

Interessant ist eine Aufstellung über die größten Verluste der SPD in den Landkreisen:

Harburg-Land	11,8%
Osterholz	11,6%
Lüchow	10,3%
Lüneburg	10,2%
Göttingen	9,3%
Friesland	9,2%
Stade	9,0%
Wesermarsch	9,0%
Hannover-Land	8,7%

Dabei muß darauf verwiesen werden, daß auch die CDU, so wie alle „etablierten“ Parteien, in Lüchow-Dannenberg verlor, freilich ihre absolute Mehrheit immer noch halten konnte.

Bitter sieht es für die SPD auch in den kreisfreien Städten aus. Hier die Verlustliste:

Oldenburg	12,8%
Delmenhorst	12,7%
Wilhelmshaven	12,0%
Emden	10,6%
Salzgitter	10,3%
Wolfsburg	10,3%
Braunschweig	9,3%
Hannover	8,4%
Osnabrück	7,8%

Die große Frage überall im Lande ist die nach der künftigen Besetzung von Landrats- und Oberbürgermeisterposten. In Gefahr sind die Positionen der SPD-Erb-

hofinhaber fast überall. In 16 Fällen können künftig CDU und FDP Oberbürgermeister und Landräte wählen, wenn sie sich einig werden könnten. Darunter befinden sich allein vier kreisfreie Städte: Braunschweig, Delmenhorst, Oldenburg-Stadt und Osnabrück-Stadt. In Delmenhorst gibt es bereits einen von CDU und FDP gewählten Oberbürgermeister. Das geschah auch schon in vier Landkreisen mit dem Landrat: in Ammerland, Hameln, Helmstedt und Verden.

Die Koalitionsgewissensfrage muß sich die FDP jetzt in Göttingen, Goslar, Northeim, Osterode, Hannover-Land, Osterholz, Oldenburg-Land und Wesermarsch stellen. Es kann eine entscheidende Frage für die zukünftige Landespolitik werden. Wilfried Hasselmann machte die Zielrichtung der CDU deutlich: „Ich wünsche mir, wo immer es geht, Koalitionen mit der FDP“. Ernst Albrecht, der Ministerpräsident, der die FDP schon in seinem Kabinett hatte und gute Erfahrungen sammeln konnte, meinte am Montag nach der Wahl: „Die FDP ist gezwungen, wenn sie sich staatstragend verhalten will, mit der CDU zu koalieren. Sie muß sich jetzt entscheiden.“ Und Albrecht wies auch darauf hin, daß die FDP gerade dort gelitten habe, wo sie Koalitionen mit der SPD eingegangen war, daß sie aber da ganz gut abgeschnitten habe, wo bereits Koalitionen mit der CDU bestanden.

Kritisch kann es vor allem dort werden, wo Grüne und DKP zum Zünglein an der Waage werden. Hannover, die Landeshauptstadt, ist so ein negatives Beispiel. Hier geht eigentlich gar nichts mehr. Die SPD hat 28 Sitze im Rat, die CDU auch, die FDP hat 4, die Grünen haben 4, und 1 DKP-Vertreter schaffte den Sprung auch noch. Was nun? Die Parteien verhandeln zwar miteinander, sind im Grunde aber ratlos, da die Großen mit den Grünen bislang nicht wollen.

■ AUSBILDUNG

Genügend Lehrstellen auch ohne Berufsbildungsabgabe

Die erheblichen Anstrengungen der Wirtschaft auch in diesem Jahr haben zu der erfreulichen Tatsache geführt, daß insgesamt im Bundesgebiet ein Überhang im Angebot von betrieblichen Ausbildungsplätzen gegenüber der Nachfrage nach Lehrstellen zu verzeichnen ist.

Damit ist erneut die Feststellung von CDU und CSU bestätigt worden, daß die Wirtschaft auch ohne den Knüppel staatsdirigistischer Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft durchaus in der Lage und willens ist, Jugendlichen, die einen guten beruflichen Ausbildungsplatz suchen, Lehrstellen in ausreichender Zahl und guter Qualität anzubieten.

So hat die Zahl der den Arbeitsämtern Ende Juli gemeldeten Lehrstellen um 70 000 über der der gemeldeten Bewerber gelegen. Die Betriebe bleiben aufgefordert, trotz der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre Anstrengungen zur Schaffung weiterer, qualitativ hochstehender Ausbildungsplätze fortzuführen, damit möglichst alle Jugendlichen diejenigen oder ähnliche Lehrstellen erhalten, die sie anstreben, erklärten die für die berufliche Bildung in Bund und Ländern verantwortlichen Politiker der CDU und CSU nach einer Koordinierungskonferenz über ihre weitere berufsbildungspolitische Linie.

Angesichts der besonders stark und überdurchschnittlich gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit, die vor allem auf die allgemein ungünstige Wirtschaftslage zurückzuführen ist (Steigerung um etwa 60 Prozent in Jahresfrist; Steigerung um 14 900 oder 13 Prozent gegenüber dem Vormonat), fordern sie die Betriebe der Wirtschaft auf, noch mehr Jugendlichen Arbeitsplätze anzubieten und dafür zu sorgen, daß nicht die Lebens- und Berufserfahrungen vieler junger Menschen mit bedrückender und deprimierender Arbeitslosigkeit beginnen.

Der Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Jürgen Westphal, und der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anton Pfeifer, stellen dazu fest:

CDU und CSU treten allen Bestrebungen, wie sie jüngst wieder aus der SPD-Bundestagsfraktion lanciert worden sind, energisch entgegen, doch noch eine staatliche Finanzierungsregelung durch Fonds- und Umlagefinanzierung der Berufsbildung durch die Hintertür einzuführen.

Eine Umlage- oder Fondsfinanzierung ist kein taugliches Mittel, um ausreichende Ausbildungsplätze zu gewährleisten und den Lehrlingen eine qualitativ gute Berufsausbildung zu sichern. Die Union hat immer darauf hingewiesen, daß der Griff nach dem staatsdirigistischen Mittel einer Berufsausbildungsabgabe sich schädlich auf die Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit der Betriebe auswirken werde und die gut und solide ausbildenden Betriebe damit verunsichert würden. Die bessere Alternative zu einer Berufsausbildungsabgabe ist nach Auffassung von CDU und CSU grundsätzlich die bestehende betriebliche Finanzierungsform.

■ KOALITION

Das Doppelspiel der SPD ist zum Scheitern verurteilt

Es wird immer deutlicher, daß sich große Teile der SPD auf eine Antihaltung verweisen: gegen die USA, gegen das Bündnis, gegen die Verteidigungspolitik der Bundesregierung, gegen die Kernkraft, gegen neue Technologien oder gegen eine grundlegende Sanierung der Staatsfinanzen.

Das jüngste Beispiel für die wahre Haltung großer Teile der SPD sind die Vorgänge auf dem schleswig-holsteinischen Landesparteitag vom vergangenen Wochenende. Die dort gefaßten Beschlüsse haben dazu geführt, daß Bundesminister Engholm, der in Schleswig-Holstein als Spitzenkandidat der SPD für die nächsten Landtagswahlen im Gespräch ist, jetzt in einen Loyalitätskonflikt zu kommen glaubt, weil seine eigene Landespartei Positionen vertritt, die mit der Politik der von Helmut Schmidt geführten Bundesregierung nicht übereinstimmen.

Es wird immer deutlicher, daß der Versuch der SPD-Führung, die Antibewegung in der Partei in eine Doppelstrategie einzubinden, zum Scheitern verurteilt ist, stellte hierzu Helmut Kohl vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest. Die SPD kann das Doppelspiel auf die Dauer nicht durchhalten, mit Schmidt und Eppler zugleich für und gegen die Kernkraft zu sein. Oder zugleich mit Schmidt und Bahr für und gegen den Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979. Schon ist festzustellen, daß wachsende Teile der SPD diese Taktik nicht mehr mitmachen. Sie suchen Ablehnung bei den Alternativen. Auch

hierfür haben die Wähler bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen der SPD die Quittung gegeben.

Klose unterlag

Der 38jährige Bezirksamtsleiter Jörg König ist neuer Landesvorsitzender der Hamburger SPD. Auf einem außerordentlichen Landesparteitag setzte sich König mit 188 Stimmen knapp gegen seinen Gegenkandidaten vom linken Parteiflügel, den Senatsdirektor Ortwin Runde, durch, auf den 159 Stimmen entfielen. Der ehemalige Erste Bürgermeister Hans Ulrich Klose fiel bei der Wahl zum ersten Stellvertreter Königs durch und wurde Beisitzer.

Die Kampfansage aus Schleswig-Holstein

In Flensburg formulierte der SPD-Landesparteitag Schleswig-Holstein eine rücksichtslose Kampfansage an das Kernenergieprogramm der Bundesregierung und eine glatte Absage an den NATO-Doppelbeschluß. Der wiedergewählte Parteivorsitzende Jansen erklärte, die SPD „zahle nicht jeden Preis für die Regierungsbank“. Die sozialliberale Koalition in Bonn sei „nicht der einzige Weg, auf dem Sozialdemokraten Politik machen könnten“. Unter Hinweis auf die Sparbeschlüsse der Bundesregierung erklärte Jansen: „Wir sind nicht bereit, das Selbstwertgefühl von Millionen von Arbeitnehmern auf dem Altar marktwirtschaftlicher Ideologien der Zehnprozentpartei FDP zu opfern.“

FDP-Sprecher Schmülling erwiderte darauf in Bonn, die Äußerungen Jansens ebenso wie das Verhalten des Berliner SPD-Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel zeigten eine immer größere Bereitschaft der Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit mit Alternativen und Grünen als mit der FDP. Hier sei ein innerer Auszeh-

rungsprozeß im Gang, der ernst genommen werden müsse.

Zum Leitantrag der schleswig-holsteinischen SPD, in dem ein Baustopp für Kernkraftwerke für die nächsten zehn Jahre gefordert wird, erklärt der energiepolitische Sprecher der Union, MdB Heinz Riesenhuber: Dieser Leitantrag steht in eklatantem Widerspruch zur erklärten Politik des Bundeskanzlers sowie zu den Fortschreibungen des Energieprogramms der Bundesregierung.

Schmude weicht zurück

Zu der Absage des Bundesministers der Justiz an die von der Union verfolgte Wiederherstellung eines wirksamen Demonstrationsstrafrechts erklärt der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Inneres und Recht und rechtspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, MdB Fritz Wittmann: Bundesminister Schmude setzt die verhängnisvolle Politik der SPD fort, die Grenze zwischen Recht und Unrecht zu verwischen, bei der sein Vorgänger Vogel sich in Berlin sogar an die Seite der parlamentarischen Vertretung der Alternativszene gestellt hatte, deren Demonstrationen in der Regel mit schweren Ausschreitungen verbunden sind. Dabei erkennt Schmude durchaus die Rechtsfeindlichkeit des äußerlich friedlichen Schutzschildes „normaler“ Demonstranten für die Gewalttäter. Statt ihr aber zu begegnen, will er zurückweichen.

Wer in einer Menge verbleibt, aus der heraus Gewalttaten begangen werden, fördert diese. Diese Förderung strafbarer Handlungen ist selbst strafbares Unrecht. Dies muß im Strafgesetzbuch wieder seinen Ausdruck finden. Die gesetzestreue Bevölkerung einschließlich der sie schützenden Polizeibeamten hat einen Anspruch darauf, daß dem gegen Menschen und Sachen gerichteten Vandalismus wirksam begegnet wird.

FDP-MdB bestätigt: Washington besorgt über SPD

Der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Jürgen Möllemann, hat Berichte von verschiedenen Politikern der CDU/CSU-Opposition bestätigt, nach denen in Washington große Besorgnis über die Haltung der SPD zum westlichen Bündnis herrscht. Möllemann, der sich zwei Wochen lang zu politischen Gesprächen in den USA und Kuba aufhielt, sagte vor Journalisten in Bonn, hohe amerikanische Regierungsbeamte hätten ihm gegenüber ausnahmslos eine „unverhohlene und besorgte Skepsis“ über den künftigen sicherheits- und bündnispolitischen Kurs der SPD geäußert.

Schulfrei . . .

Die Delegierten der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Rheinland haben auf einer Landestagung in Solingen das Verhalten des nordrhein-westfälischen Kultusministers Girgensohn scharf verurteilt. Der Kultusminister hat es dem Ermessen der Schulleiter in Nordrhein-Westfalen überlassen, Schülern zur Teilnahme an der von Kommunisten unterstützten sogenannten Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn schulfrei zu geben. Das stelle geradezu eine ausdrückliche Ermunterung für die Teilnahme dar, während zugleich der Innenminister einen polizeilichen Großeinsatz vorbereiten müsse, erklärte MdB Hupka.

Börner unter Juso-Beschuß

Eine neue Auseinandersetzung mit der SPD haben die hessischen Jungsozialisten eingeläutet. Ihr Vorsitzender Norbert Schüren erklärte, für die 40 000 hessischen Jusos sei Regierungschef Holger Börner als Landesvorsitzender „nicht mehr tragbar und auch nicht mehr wählbar“.

ABRÜSTUNG

Wiederaufnahme der Verhandlungen wird von der Union voll unterstützt

Die CDU/CSU begrüßt die gemeinsame Erklärung des amerikanischen Außenministers Haig und des sowjetischen Außenministers Gromyko zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine Begrenzung der Rüstungen, die auch die beiderseitigen Kernwaffen umfassen.

Damit ist der wahrheitswidrigen Agitation der DKP, der sogenannten Friedensbewegung und starker Teile der SPD gegen eine angeblich mangelnde Verhandlungsbereitschaft der USA der Boden entzogen, stellte MdB Alois Mertes, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn fest.

Wer jetzt noch weitere einseitige Vorleistungen von Amerika fordert, der mindert die Chancen für ausgewogene Verhandlungsergebnisse; denn er bestärkt die Sowjetführung in der Illusion, sie könne westliche Konzessionen außerhalb des Verhandlungsrahmens bewirken, ohne selbst vergleichbare Verzichte und Rüstungsminderungen leisten zu müssen.

Das im amerikanisch-sowjetischen Communiqué von New York genannte Verhandlungsziel lautet „Erhöhung der Stabilität und der internationalen Sicherheit“. Es ist gleichermaßen notwendig und realistisch. Dieses Ziel ist mit einseitiger politischer Expansion nicht zu vereinbaren.

Das in den Abrüstungsgremien von Genf und Wien bisher erkennbare Streben Moskaus, sich der Offenlegung der vorhandenen Potentiale und der Überprüfung etwaiger Abmachungen zu entziehen, muß

ein Ende finden, wenn es endlich zu ehrlicher Abrüstung kommen soll. Das gleiche gilt für den sowjetischen Versuch, auf dem Umweg über Rüstungskontrolle die strategische Einheit und politische Wertgemeinschaft des europäisch-amerikanischen Bündnisterritoriums zu spalten.

Zu Recht läßt Washington erkennen, daß seine drei Kriterien für eine erfolgreiche Verhandlungsführung nicht zur Disposition stehen:

- die politische und militärische Unteilbarkeit der westlichen Sicherheit;
- die glaubwürdige Verhütung von Krieg und Erpressung;
- ein wechselseitiges Interesse von West und Ost an Rüstungsminderung.

Moskau Machtwille wird erst dann sein ständiges Drehen an der Rüstungsspirale beenden und zu ausgewogener, überprüfbarer Abrüstung bereit sein, wenn ihm ein ebenso machtbewußtes Washington gegenübertritt, wenn ihm ein Amerika begegnet, das nicht mehr — wie bisher — Verhandlungen und Verträge über Rüstungskontrolle als „Wert in sich“ ansieht, sondern ebenfalls als Instrument einer Weltpolitik handhabt, die zusammen mit den Verbündeten das eigene Interesse konsequent verfolgt und dabei den Frieden glaubwürdig wahr.

Die CDU/CSU will Abrüstung mit Sicherheit, sie hält Abrüstung ohne Sicherheit für friedengefährdend. Deshalb erwartet sie von den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen ein Ergebnis, das in ausgewogener, eindeutiger und überprüfbarer Weise den Interessen beider Seiten gebührend Rechnung trägt.

■ DDR

Statt Friedensdienst Einberufung als „Bausoldaten“

Wer in der letzten Zeit an Veranstaltungen der sogenannten „Friedensbewegung“ teilgenommen hat, wurde immer wieder mit Hinweisen auf eine „wachsende Parallelbewegung“ in der DDR konfrontiert. Arglose Gemüter mußten den Eindruck gewinnen, als hätte die SED den Bürgern im anderen Teil Deutschlands mittlerweile Zugeständnisse gemacht, an die vor kurzem noch nicht zu denken gewesen wäre, stellte MdB Willi Weiskirch fest.

Beispielsweise wurde kolportiert, daß es auch in der DDR bald anstelle des Wehrdienstes für Kriegsdienstverweigerer einen Ersatz, nämlich den so benannten „sozialen Friedensdienst“, geben werde. Ein solcher Ersatzdienst nach bundesdeutschem Muster war in der Tat von jungen evangelischen DDR-Christen ange-regt worden.

Den frommen Illusionen ist jetzt ein deutlicher Dämpfer aufgesetzt worden. Statt „Friedensbewegungen“ zuzulassen und einen „sozialen Friedensdienst“ für Kriegsdienstverweigerer einzurichten, hat der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, unmißverständlich erklärt, daß mit der Verwirklichung eines solchen Vorschlages die allgemeine Wehrpflicht unterlaufen oder gar aufgehoben werde. Das aber kommt nicht in Frage. Gysi verwies auf die von der Nationalen Volksarmee für Waffengegner geschaffene Einrichtung der „Bausoldaten“.

Dabei handelt es sich um eine von der Truppe gelenkte Institution, in der Wehr-

pflichtige — ebenfalls kaserniert — 18 Monate lang Zubringerdienste für die aktiven Streitkräfte zu leisten haben. Die amtliche Absage der DDR an jede zivile Ersatzdienstregelung stellt einen neuen und gravierenden Schritt in eine Richtung dar, die den Vorstellungen der „Friedensbewegungen“ eigentlich diametral zuwiderlaufen müßte. Aber weil nicht sein kann, was nicht sein darf, werden Verstöße gegen den Geist des Friedens und der Verständigung weiterhin ausschließlich im Westen vermutet und gesucht.

Das harte DDR-Verdikt gegen potentielle Kriegsdienstverweigerer und gegen eine Ersatzdienstlösung nach westlichem Vorbild sollte allerdings allen zu denken geben, die in der bei uns in der Bundesrepublik Deutschland praktizierten Regelung einen „Gipfelpunkt an Inhumanität“ entdeckt haben wollen. Gewiß: alle Parteien des Deutschen Bundestages waren und sind der Meinung, daß es baldmöglich die angestrebte Novellierung des Kriegsdienstverweigerergesetzes geben sollte (und sicherlich schon gegeben hätte, wenn nicht die Linken in SPD und FDP im Sommer des vergangenen Jahres eine Neuregelung durch ihr Abstimmungsverhalten sabotiert hätten). Indes: die derzeitige gültige Regelung samt dem seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1978 wieder angewendeten Anerkennungsverfahren sind Glanzpunkte der Humanität gegenüber den in der DDR angewendeten Methoden.

Es muß allerdings nach vielen Erfahrungen bezweifelt werden, ob die „Friedensbewegungen“ solche Mißverhältnisse überhaupt noch zu erkennen und richtig zu bewerten vermögen. Bis zur Stunde jedenfalls hat man nicht gehört, daß ein Schrei des Protestes gegen eine vormilitärische Ausbildung in der DDR laut geworden wäre, die es in Deutschland bislang nur einmal gegeben hat — nämlich in jenen Jahren, als eine solche Ausbildung der direkten Kriegsvorbereitung diente.

25 JAHRE KA-STIFTUNG

Das Erbe Konrad Adenauers bewahren und fortentwickeln

Mit einem Festakt in der Politischen Akademie Eichholz hat die Konrad-Adenauer-Stiftung am 17. September 1981 ihr 25jähriges Jubiläum feierlich begangen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ging aus der 1956 gegründeten „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit e.V.“ hervor, die 1958 in „Politische Akademie Eichholz e.V.“ umbenannt wurde. „Seitdem hat sie ihre Tätigkeit bemerkenswert ausweiten und einen beachtlichen Platz im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland einnehmen können“, hob der Vorsitzende der Stiftung, Dr. Bruno Heck, hervor.

In einem Festakt, an dem zahlreiche Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft teilnahmen, bekräftigte Bruno Heck, daß die Stiftung auch in Zukunft ihre Arbeit an den Leitlinien ausrichten werde, die dem Leben und Werk Konrad Adenauers zugrunde lagen.

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Norbert Blüm, der die Glückwünsche der CDU überbrachte, betonte, daß die Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung die Grundlage für die Arbeit der Partei sei. Sie habe Brücken geschlagen zwischen Partei und Wissenschaft und den nachfolgenden Generationen die Gewißheit vermittelt, daß es christliche Demokraten gewesen seien, die mit ihrer Handschrift kräftig die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geschrieben hätten.

In ihrem internationalen Engagement habe die Stiftung eine gute Zusammenarbeit

ohne Vormundschaft geleistet, die den Partner in den Vordergrund stelle und Hilfe zur Selbsthilfe gebe. Blüm sprach den Wunsch aus, daß die Stiftung auch in Zukunft „Antenne“ für die CDU sei: sie solle weitsichtig die Fragen, Sehnsüchte und Ängste der Bürger aufgreifen und Vermittler zwischen den gesellschaftlichen Kräften sein.

In einem Glückwunschbrief würdigte Bundespräsident Karl Carstens die Verdienste der Stiftung, die sich darum bemühe, das Erbe Konrad Adenauers zu bewahren und fortzuentwickeln, ohne sich von ideologischer Einseitigkeit lenken zu lassen; vielmehr sei die Konrad-Adenauer-Stiftung bemüht, stets die Gemeinsamkeit aller Demokraten zu betonen.

Bundestagspräsident Richard Stücklen hob u. a. die internationale Arbeit der Stiftung hervor. Besonders würdigte er die Erforschung der Geschichte und Wirkksamkeit der christlich-demokratischen Bewegung in Verbindung mit der Darstellung dieser Arbeiten für eine breite Öffentlichkeit. (Eine Arbeit, die durch das 1975 gegründete Archiv für christlich-demokratische Politik geleistet wird.) Diese Forschungsarbeit, so betonte Stücklen, habe sich als äußerst wichtig für die Bildungsarbeit im In- und Ausland und als unverzichtbar gegenüber mancher Erscheinung des Zeitgeschehens erwiesen.

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl unterstrich das hohe Ansehen der Stiftung in der Dritten Welt. Sie habe dazu beigetragen, die Anziehungskraft des christlichen

Verständnisses von politischer Verantwortung international zu stärken und die Überlegenheit freiheitlicher Politik gegenüber totalitären Rezepten zu verdeutlichen. Diesem Ziel habe auch die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Bundesrepublik gedient.

Am Festakt nahmen zahlreiche Ehrengäste teil, unter ihnen die Vertreter der anderen politischen Stiftungen, der Kirchen, die früheren Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier und Kai-Uwe von Hassel sowie der frühere geschäftsführende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Konrad Kraske.

Als Gäste aus dem Ausland und Repräsentanten aus der Dritten Welt konnte Dr. Heck begrüßen: Dr. Luis Bedoya, den Präsidenten der Christlichen Volkspartei Perus; Bischof Dominic Andoh, den Vorsitzenden der Bischofskonferenz von Ghana; Prof. Francisco Carrion, den Präsidenten der Radioschule FEPLAM in Porto Alegre, Brasilien; Prof. Arias Claderon, den Präsidenten der Christlich-Demokratischen Partei Panamas; Johnny Tan aus Manila, den Präsidenten des Gewerkschaftlichen Regionalverbandes BATU im WVA und der nationalen Föderation FFW/Philippinen, und José Merced Gonzalez, den Direktor der UTAL und Vorstandsmitglied der CLAT. Den Festvortrag hielt Prof. Robert Spaemann zu dem Thema: „Das Ende des modernen Bewußtseins“.

Mit ihren acht Instituten hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung ein wirksames und breitgefächertes Instrumentarium für ihre vielfältigen Aufgaben geschaffen. So stellt sich z. B. die Politische Akademie Eichholz in ihren Tagungen und Seminaren immer wieder die Frage nach den Grund- und Leitlinien einer freiheitlichen und sozialen Politik für die Zukunft. Sie geht damit auf die Unruhe in der Bevölkerung ein, die stärker als in den vergangenen Jahren nach den Bedingungen und Möglichkeiten

der Sicherung und Entfaltung von persönlichen Werten in Frieden und Freiheit fragt.

Das Bildungswerk nimmt sich insbesondere der Probleme der Jugend und junger Erwachsenen an. Berufswahl, Lebensstil und Bedingungen eines Lebens in Freiheit ohne ideologische Bevormundung sind die zentralen Themen. Diese konkreten Fragen bringen es mit sich, daß sich das Bildungswerk der Kommunalpolitik zugeordnet weiß, um sachkundige Bürger und Ratsmitglieder in ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen.

Das Institut für Begabtenförderung bekommt besonders die gespannte Haushaltslage zu spüren. Dennoch ist erfreulich, daß erheblich mehr Stipendiaten im letzten Jahr motiviert werden konnten, für ein oder zwei Semester an ausländischen Universitäten zu studieren. Das Förderungsprogramm für den journalistischen Nachwuchs wurde intensiv fortgeführt.

Das Institut für Kommunalwissenschaften hat sich insbesondere der Analyse und Bekämpfung der Gefahren angenommen, die die kommunale Selbstverwaltung in unseren Städten und Gemeinden bedrohen. Die Forschungsarbeiten des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts waren innenpolitisch durch die Landtags- und Bundestagswahlen und außenpolitisch durch die amerikanischen Präsidentschaftswahlen und die damit verbundenen außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen geprägt.

Die Auslandsaktivitäten schließlich, vor allem durch das Institut für Internationale Solidarität, haben sich im vergangenen Jahr neuen Aufgaben zugewandt: 28 Projekte wurden neu aufgenommen. Schwerpunkte waren hierbei u. a. die Zusammenarbeit mit politischen Parteien, die Mittelförderung, Kulturpolitik und die Förderung der ländlichen und kommunalen Entwicklung.

ENZYKLIKA

Ein Dokument der Besinnung und der Mahnung

Die neue Enzyklika des Papstes über die Arbeit ist ein Dokument der Besinnung für alle, die als Christen in Wirtschaft und Politik Verantwortung tragen, stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest.

Die Enzyklika zieht einen Schlußstrich unter eine fehlgeleitete Diskussion. Immer noch bestimmt der vermeintliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit die philosophische und gesellschaftspolitische Grundsatzdiskussion in den Industrieländern, zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd. Nicht in der Konnotation, sondern in der Ergänzung und richtigen Zuordnung von Kapital und Arbeit liegt die Herausforderung einer humanen, zukunftsorientierten Gesellschaft. Mit der Sozialen Marktwirtschaft und dem Konzept der Neuen Sozialen Frage hat die CDU ein tragfähiges Fundament zur Überwindung des überholten Konfliktschemas von Kapital und Arbeit entwickelt.

Papst Johannes Paul II. hat der Politik Aufgaben gewiesen, deren Verwirklichung auch bei uns noch aussteht: die Anerkennung der Arbeit der Frau in Familie und Beruf, die Aufgabe, Arbeit in Beruf und Arbeit in der Familie besser miteinander verbindbar zu machen, die Frage des Miteigentums der Arbeitenden an den Produktionsmitteln — Themen, welche die CDU auf ihrem Bundesparteitag Anfang November diskutieren wird.

Zentrales Anliegen der Enzyklika ist, daß der Mensch Subjekt der Arbeit wird“ (Johannes Paul II.) und daß die Wirtschaft

dem Menschen diene. Arbeitslosigkeit ist das größte Hindernis, um diese Ziele zu erreichen. „Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern auch eine Form der Selbstverwirklichung und kann durch keine noch so hohe Arbeitslosenunterstützung aufgewogen werden“ (Grundsatzprogramm der CDU).

Die Aufgabe, die Würde des arbeitenden Menschen herzustellen, ihn zum Subjekt der Arbeit zu machen, kann nicht auf nationale Grenzen beschränkt bleiben. Eine trotz aller Probleme und wachsender Aufgaben reiche Nation wie die Bundesrepublik Deutschland kann sich aus ethischen Gründen, aber auch im Interesse der Sicherung unserer eigenen Zukunft nicht aus der Verantwortung für die Menschen anderer Länder stellen, die weder Arbeit haben noch ein Netz sozialer Sicherheit, das sie bei Arbeitslosigkeit in ihrer Würde schützt.

Die Würde des Menschen wird heute auch ganz zentral von der Rolle der Technik in der Arbeitswelt bestimmt. Der Papst weist auf ihre Rolle für die Arbeitserleichterung und für den wirtschaftlichen Fortschritt und für den Verherrlichung von Technik.

Die neue Enzyklika des Papstes ist kein bequemes Dokument. Sie ist eine Mahnung, von überkommenen Leitbildern, von der gedankenlosen Fortschreibung des Status quo und nationalem Egoismus Abschied zu nehmen und jenseits von Kapitalismus und Sozialismus eine wirtschaftliche und soziale Ordnung zu verwirklichen, die der Würde des Menschen entspricht.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 Bonn 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

SPD verliert an Basis

Wahlniederlagen werden selten zugegeben. Es muß schon knüppeldick kommen, bis Politiker sich zum Eingeständnis bequemen, einen Denktzettel erhalten zu haben. Insofern ist die Bemerkung von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, die Lage seiner Partei habe sich seit dem letzten bundesweiten Urnengang vor fast genau einem Jahr drastisch verschlechtert, in der Tat die Bestätigung einer „schweren Niederlage“.

Die SPD verliert zunehmend an Basis in der Wählerschaft. Sie ist längst nicht mehr die Partei der Rathäuser und Kreistage. Diese Rolle haben fast überall die Unionsparteien übernommen, nun auch in Niedersachsen.

Kölnische Rundschau, 29. 9. 1981

Die Höhe des Verlustes für die SPD, der deutliche Zugewinn für die CDU sind klare Belege dafür, daß die Stimmungslage nach dem Haushaltsgezerre der Koalition an der Leine am Sonntag voll durchgeschlagen hat. Die SPD bekam eine erste

Quittung dafür, daß der Wähler immer weniger bereit ist, diesen Stil hinzunehmen.

Stuttgarter Nachrichten, 29. 9. 1981

In Niedersachsen sah gewiß ein Teil der Bürger die Gelegenheit, den in Bonn regierenden Sozialdemokraten einen Denktzettel zu geben. Wofür, kann man nur vermuten: vielleicht darauf, daß die SPD schon bei der noch kein Jahr zurückliegende Bundestagswahl eine etwas kühne Diskrepanz zwischen dem „Vorher“ und dem „Nachher“ leistete; daß die Partei damals einen Kanzler als starken Mann vorschlug, der jetzt, bei den „Sparbeschlüssen“, recht wenig zu sagen hatte. Das niedersächsische Ergebnis der FDP paßt dazu nicht schlecht, aber nicht glänzend.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. 9. 1981

„Auf den Kanzler kommt es an“, stand 1980 auf SPD-Plakaten. Die Parole scheint sich jetzt gegen den Kanzler zu wenden. Der entschuldigende Hinweis auf weltwirtschaftliche und weltpolitische Zwänge greift nicht — jedenfalls für den nicht, der als „Macher“ antrat und in seiner Selbstdarstellung den Anspruch erhob, alles im Griff zu haben. Zumindest das SPD-Wählerpotential hat er nicht mehr im Griff.

Frankfurter Rundschau, 29. 9. 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Wille, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Vertrieb:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleiter:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,— **DM** Einzelpreis 1,— **DM.** **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

U+D